



95/2010

Kiel, 17. Mai 2010

Themen der Plenarsitzung: Landtag entscheidet über Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung

Kiel (SHL) – *Zu seiner nächsten Sitzung kommt der Landtag ab Mittwoch, 19. Mai, 10:00 Uhr, im Plenarsaal in Kiel zusammen. Die Tagesordnung sieht eine dreitägige Sitzung vor. Zu Beginn geht es in einer Aktuellen Stunde um die KiTa-Gebühren. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter www.sh-landtag.de aufgerufen werden.*

Mittwoch, 19. Mai 2010, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 1 Aktuelle Stunde „Zukunft der Kindertagesstätten“, Antrag der Fraktion DIE LINKE, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Auf Initiative der Linken debattiert der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die Zukunft des beitragsfreien dritten Kindergarten-Jahres in Schleswig-Holstein. Hintergrund sind Berichte, wonach die schwarz-gelbe Koalition die erst im letzten Sommer eingeführte Beitragsfreiheit wieder abschaffen will, um den angeschlagenen Landeshaushalt zu entlasten. Damit würde das Land 35 Millionen Euro im Jahr einsparen. Näheres wird von den Beschlüssen der Haushaltsstrukturkommission erwartet, die am 26. Mai der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.

TOP 6 a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/193), Änderungsantrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/205), Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, B´90/DIE GRÜNEN und SSW (Drs. 17/516),

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Gesetzentwurf der Fraktion der SPD (Drs. 17/186)

c) Resolution zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, B´90/DIE GRÜNEN und SSW (Drs. 17/517)

d) Antrag der SPD zum Altschuldenpaket (Drs. 17/187neu). Zweite Lesung, geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 70 Minuten

Schleswig-Holstein wird als erstes Bundesland eine Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern. CDU, FDP, SPD, Grüne und SSW haben sich in dieser Frage auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt. Nur die Linke ist nicht beteiligt. Die Schuldenbremse bedeutet, dass das mit 24 Milliarden Euro verschuldete Land von 2020 an in normalen Jahren keine neuen Schulden machen darf. Das Land soll sich zudem verpflichten, sein strukturelles Haushaltsdefizit - es beträgt 1,25 Milliarden Euro - bis 2020 in fest vereinbarten Schritten auf Null zu senken. Dazu müssten Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang gebracht werden, heißt es in einer gemeinsamen Resolution der fünf Fraktionen zu der vereinbarten Verfassungsänderung. Zum einen müssten Einsparungen „in relevanten Größenordnungen“ vorgenommen werden. Die Schuldenbremse dürfe aber auch nicht durch Bundesgesetze und EU-Richtlinien konterkariert werden. Der Bund wird aufgefordert, bis 2020 mit seiner Gesetzgebung keine wesentlichen Mehrbelastungen und Mindereinnahmen für Länder und Kommunen zu beschließen, die der Einhaltung einer Schuldenbremse entgegenstehen. Nach einer Bund-Länder-Einigung soll der Norden zudem jährlich 80 Millionen Euro als Konsolidierungshilfen bekommen.

Seine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das seit letztem Jahr im Grundgesetz verankerte Verschuldungsverbot erhält der Landtag aufrecht und wehrt sich damit gegen den Eingriff des Bundes in die Haushaltsautonomie der Länder.

TOP 10 Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich, Gesetzentwurf der Fraktion des SSW (Drs. 17/522). Erste Lesung, geplanter Aufruf 12:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der SSW will den in der Landesverfassung festgeschriebenen Schutz der Minderheiten und Volksgruppen im Lande konkreter fassen und auch der kommunalen Ebene entsprechende gesetzliche Vorgaben machen. So sollen Gemeinden, Ämter und Kreise die Interessen der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppen sowie der Sinti und Roma schützen und fördern. Über ihre Aktivitäten sollen sie regelmäßig den Kommunalvertretungen berichten. Entsprechend will der SSW die Gemeindeordnung, die Amtsordnung und die Kreisordnung ergänzen. Dänen und Friesen im Lande stehen seit der Verfassungsreform im Jahr 1990 unter dem Schutz der Landesverfassung, ein Antrag zur Aufnahme der Sinti und Roma wurde im März in Erster Lesung im Landtag beraten.

TOP 11 Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörden für die Erteilung von Fahrberechtigungen an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, der anerkannten Rettungsdienste und der technischen Hilfsdiens-

te - Fahrberechtigungszuständigkeitsgesetz (FZG), geplanter Aufruf 12:45 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten

TOP 70 Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.01.2010 bis 31.03.2010 (Drs. 17/492), geplanter Aufruf 12:50 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten

TOP 53 Bericht zur Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl (Drs. 17/382), Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Nachdem mehrere Fälle von Kindesverwahrlosung Öffentlichkeit und Politik alarmiert hatten, erhielt Schleswig-Holstein im November 2007 als eines der ersten Bundesländer ein umfangreiches Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Nun zieht die Landesregierung eine Zwischenbilanz. Wie in dem Gesetz vorgesehen, legt das Sozialministerium dem Landtag seinen 100 Seiten starken Kinderschutzbericht vor. Im Zentrum stehen die Einschätzungen einer 16-köpfigen Expertenkommission aus Forschern, Ärzten, Justiz, Polizei, Jugendbehörden und Sozialverbänden. Künftig soll es einmal in jeder Wahlperiode einen solchen Bericht geben. Ein Kernpunkt des Gesetzes war die Einrichtung verpflichtender Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder. Demnach lädt eine „Zentrale Stelle“ beim Landesfamilienbüro in Neumünster alle Kinder im Alter von drei Monaten bis fünfeneinhalb Jahren zu den Vorsorgeuntersuchungen U4 bis U9 ein. Laut dem Bericht sind im Zeitraum von April 2008 bis März 2009 landesweit über 137.000 Einladungen an die Eltern verschickt worden. In 7.500 Fällen (5,5 Prozent) meldeten sich die Eltern nicht zurück, so dass die Kreisbehörden unterrichtet wurden. Das Jugendamt wurde lediglich 353 Mal eingeschaltet, und in nur fünf Fällen ging das Amt wegen des Verdachts auf Verwahrlosung vor.

TOP 40 8. Mai: Tag der Befreiung, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE (Drs. 17/538), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

65 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft soll der 8. Mai zum nationalen Gedenktag erklärt und somit deutschlandweit offiziell als Tag der Befreiung vom NS-Regime gewürdigt werden. Das fordern SPD, Grüne und Linke im Landtag und rufen die Landesregierung auf, sich dafür im Bundesrat einzusetzen. Dabei weisen die Oppositionsfraktionen darauf hin, dass man mit dem Tag der Befreiung am 8. Mai 1945 nicht vergessen dürfe, „welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten.“ Notwendig sei es, die Bedeutung des Kriegsendes immer im Zusammenhang mit der Ursache für den Krieg, dem Machtantritt Hitlers am 30. Januar 1933, zu sehen. In Mecklenburg-Vorpommern ist der 8. Mai bereits seit 2002 als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges“ gesetzlicher Gedenktag.

TOP 14 und 26 Zusammenarbeit von Schulen und Bundeswehr in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/455), Bundeswehr raus aus den Schulen! – Für Friedenserziehung und Abrüstung!, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/508), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

In den letzten Monaten sorgten Medienberichte für Aufsehen, wonach schleswig-holsteinische Schüler bei Informationsbesuchen in Bundeswehrkasernen in Eutin und Tondorf unkritisch und verharmlosend in die Waffentechnik eingeführt wurden. Vor diesem Hintergrund fordert die SPD im Landtag, die Zusammenarbeit von Schule und Bundeswehr klarer als bisher zu regeln. Die Kooperation von Schule und Bundeswehr könne „nicht in die ausschließliche Eigenverantwortung der Schule gestellt werden“, heißt es in dem Antrag der Sozialdemokraten. Notwendig sei eine „klare landeseinheitliche Regelung, die für alle Beteiligten Rechtssicherheit schafft“.

Die Linke im Landtag fordert indessen, dass die Zusammenarbeit von Schulen und Bundeswehr beendet und der Beruf des Jugendoffiziers bundesweit abgeschafft wird. Außerdem sollen die Themen Friedenserziehung und Abrüstung in die Lehrpläne aufgenommen werden.

TOP 18 Rundfunkgebühren-Staatsvertrag, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/488), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Auf Antrag von SSW und Grünen debattiert der Landtag über die geplante Reform der Rundfunkgebühren. Anlass ist die Ministerpräsidentenkonferenz am 9. Juni, auf der eine Reform der bisherigen GEZ-Gebühr in die Wege geleitet werden soll. Die Umstellung soll Anfang 2013 mit dem neuen Rundfunkstaatsvertrag in Kraft treten.

Der SSW setzt dabei auf ein „unbürokratisches“ Gebührenmodell für die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender, das nur diejenigen belastet, die über entsprechende Empfangsgeräte verfügen, und zudem Entlastungen für sozial Schwache beinhaltet. Eine Mediengebühr im Monat unabhängig von der Zahl der Geräte im Haus - das ist auch das Ziel der Grünen. Die bisherige Rundfunkgebühr und die damit verbundene Überprüfung wollen sie auf diese Weise abschaffen. Wer heute aus sozialen Gründen von der Rundfunkgebühr befreit ist, solle auch keine Mediengebühr zahlen. Das Geld, das bei Gebührenfahndern und GEZ gespart werde, könne zur Senkung der Gebühren verwendet werden.

TOP 22 Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte neu ordnen, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/501), geplanter Aufruf 17:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Grünen schließen sich den Protesten gegen die neuen Arbeitszeitregelungen für Lehrer an und fordern ein komplett neues Arbeitszeitmodell. Hintergrund ist die Ankündigung des Bildungsministeriums aus dem April, wonach Lehrer an Regional- und Gemeinschaftsschulen ab dem neuen Schuljahr durchgehend 27 Wochenstunden unterrichten sollen. Damit steigt die Arbeitsbelastung entgegen ursprünglicher Pläne um eine Stunde an. Bei Gymnasial- und Berufsschullehrern steigt die Zahl der Pflichtstunden ebenfalls um eine auf 25,5. Das Ministerium begründet dies mit der dramatischen Haushaltslage. Zudem orientiere sich die Zahl von 25,5 Wochenstunden an Gymnasien und Berufsschulen am Durchschnitt der Bundesländer.

Vor diesem Hintergrund fordern die Grünen die Landesregierung auf, bis Oktober ein neues Arbeitszeitmodell zu entwickeln, „das sich an den tatsächlichen Leistungen und Zeitbedarfen orientiert“. Dies müsse zum Beispiel das Engagement der Lehrer außerhalb des Unterrichts und die unterschiedliche Belastung in den verschiedenen Schulfächern einbeziehen. Solche Modelle gebe es bereits in Dänemark und Hamburg.

Donnerstag, 20. Mai 2010, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 28, 32 und 52 Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/519), Wäschereiauftrag des UKSH, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/527), Unerwartete Kostensteigerungen im UK-SH, Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/255neu, 17/372), Federführend ist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 70 Minuten

Die Zukunft des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UK S-H) beschäftigt erneut den Landtag. Die Abgeordneten befassen sich mit den im vergangenen Jahr aufgetretenen Kostensteigerungen, vor allem im Personalbereich, mit der Kündigung eines Großauftrages an eine Glückstädter Wäscherei sowie mit einem möglichen Verkauf des landeseigenen Groß-Klinikums.

Thema Verkauf: Die SPD drängt darauf, dass das UK S-H in öffentlicher Trägerschaft bleiben soll. Sie reagiert damit auf angebliche Überlegungen der CDU/FDP-Koalition, das stark sanierungsbedürftige Klinikum zu privatisieren. Dafür werden mehr als 700 Millionen Euro benötigt, die das Land nicht hat. Die SPD will Mittel des Bundes und von Privaten einsetzen. Schleswig-Holstein dürfe nicht zum einzigen Bundesland ohne Krankenhaus-Maximalversorgung in öffentlicher Trägerschaft werden, heißt es weiter. Die Privatisierungspläne der Regierung setzten auch die Zukunft der Universität Lübeck aufs Spiel.

Thema Kostensteigerungen: Auf Drängen der Grünen berichtet das UK S-H über die im letzten Jahr aufgetretenen Kostensteigerungen, insbesondere im Personalbereich, und über die Maßnahmen des Vorstands zur Dämpfung der Ausgaben. Laut dem Papier des Klinikums, das das Wissenschaftsministerium an den Landtag weitergeleitet hat, lag der

Personaletat im Jahr 2009 bei 427,8 Millionen Euro und damit 27,8 Millionen über dem Soll.

Thema Wäscherei-Auftrag: Die Linken fordern die Landesregierung auf, über die Vergabe eines Großauftrages des Klinikums an die Wäscherei Sitex in Rostock zu berichten. Diese am 1. Mai erfolgte Neuvergabe geht zulasten der Firma Berendsen in Glückstadt (Kreis Steinburg).

TOP 12 a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/294)

b) Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette, Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/390). Erste Lesung, geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

SPD und Grüne fordern ein Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung soll sich nach Willen der beiden Oppositionsfraktionen bei Bund und EU dafür einsetzen, dass jedes Bundesland eigenständig den Anbau von Gen-Pflanzen verbieten kann. Die Grünen verweisen zudem auf einen Beschluss der Hamburger Bürgerschaft, die sich im Februar einstimmig für ein „gentechnikfreies Hamburg“ ausgesprochen hat.

Die Gen-Freiheit solle ein „Markenzeichen für Schleswig-Holstein“ werden und der heimischen Landwirtschaft neue Marktchancen eröffnen, so die Sozialdemokraten weiter. Die Oppositionsanträge stellen sich hinter die „Initiative gentechnikfreies Norddeutschland“. Hierin sind Bauern, Umweltschützer und Lebensmittelhersteller zusammengeschlossen, die an die Landwirtschaft wie auch an Imker und Gärtner appellieren, freiwillig auf gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzengut zu verzichten. Bislang hätten sich 1.200 Produzenten in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen dem Vorstoß angeschlossen, so die Initiatoren.

TOP 30 Auch am „Europäischen Tag der Meere“ Unterstützung und Förderung für die Maritime Wirtschaft deutlich machen! Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/521), geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die SPD nimmt den „Europäischen Tag der Meere“ am 20. Mai zum Anlass, eine stärkere Unterstützung der angeschlagenen schleswig-holsteinischen Werftindustrie zu fordern. So soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass der Bund seine Hilfen in diesem Bereich ausbaut - etwa durch zinsgünstige Kredite für Reeder bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), durch auftragsunabhängige Innovationsbeihilfen für die Werften oder durch eine „Abwrackprämie“ zur Verschrottung alter und umweltschädlicher Schiffe. In Schleswig-Holstein arbeiten 4.200 Menschen auf den Werften sowie schätzungsweise die gleiche Anzahl in Zulieferbetrieben.

TOP 34, 35 und 56 Die EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein umsetzen, Antrag der Fraktionen von SPD, B´90/DIE GRÜNEN und SSW (Drs. 17/532), Umsetzung der EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/533), Umsetzung der Resolution des VII. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), Anträge der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, B´90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW (Drs. 17/18neu, 17/19neu, 17/440), Federführend ist der Ministerpräsident, geplanter Aufruf 12:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

TOP 19, 24 und 25 Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/494), Bundesregelung Kleinbeihilfen dauerhaft festschreiben, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/503), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

CDU und FDP wollen die im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise vereinfachte Förderung kleiner Unternehmen auch über das Ende dieses Jahres hinaus fortsetzen sowie kleine Firmen von bürokratischen Auflagen befreien. So fordern die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, bei der EU auf eine Entschärfung der Jahresabschlusspflicht zu drängen. Derzeit müssen auch so genannte Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von weniger als zwei Millionen Euro Abschlussbilanzen anfertigen. Zudem soll sich die Landesregierung nach Willen von Christ- und Freidemokraten im Bundesrat und bei der Europäischen Kommission dafür einsetzen, dass die Bundesregelung Kleinbeihilfen über den 31. Dezember 2010 hinaus in Kraft bleibt. Nach dieser Regelung können Beihilfen bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 Euro auch ohne EU-Genehmigung an Unternehmen in allen Zweigen der Wirtschaft, außer im Fischereisektor und in der Landwirtschaft, vergeben werden. Außerdem sollen die ebenfalls im Zuge der Wirtschaftskrise hoch gesetzten Schwellenwerte bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen länger bestehen bleiben – über das Jahresende 2010 hinaus.

TOP 27 Gastschulabkommen mit Hamburg weiter entwickeln, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/509), geplanter Aufruf : Uhr, geplante Redezeit Minuten

Die Grünen unterbreiten einen Lösungsvorschlag für den seit Monaten schwelenden Streit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg um die grenzüberschreitende Aufnahme von Schülern. Nach Vorstellung der Oppositionsfraktion soll Schleswig-Holstein jährlich rund 19,65 Millionen Euro an die Hansestadt überweisen – als Ausgleich für die Kosten, die die Gastschüler aus dem Norden in Hamburg verursachen. Bei ihrer Berechnung beziehen sich die Grünen auf Zahlen der Landesregierung. Demnach drücken derzeit 6.468 schleswig-holsteinische Schüler in Hamburg die Schulbank, die, je nach Schultyp, 5.000 bis 9.650 Euro pro Jahr kosten. Gesamtausgaben der Hansestadt: 33,58 Millionen. Im Gegen-

zug nimmt das Land 2.747 Hamburger Kinder und Jugendliche auf, die mit 13,93 Millionen zu Buche schlagen. Aus der Differenz der beiden Summen errechnen die Grünen die Ausgleichszahlung von 19,65 Millionen.

Um einen solchen Streit auf dem Rücken der Schüler und der Eltern in Zukunft zu vermeiden, setzen die Nord-Grünen zudem auf eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung der beiden Länder. Die Schüler im Hamburger Rand sollen demnach die freie Schulwahl haben, und Über- beziehungsweise Unterkapazitäten bei Klassenräumen und Lehrern sollen gemeinsam behoben werden.

TOP 33 und 58 Verbesserung der Kooperation im Bereich der ambulanten Behandlung, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/530), Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicherstellen, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/261neu, 17/311, 17/443), Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

„Die gute ärztliche Versorgung droht in den nächsten Jahren wegzubrechen“ – so lautet der ernüchternde Ausblick des Sozialministeriums. Bereits 2015 werden 900 Allgemeinmediziner im Lande fehlen, stellt das Ministerium in seinem von der Koalition angeforderten Bericht fest. Denn: Fast die Hälfte der gut 4.300 schleswig-holsteinischen Hausärzte ist über 55 Jahre alt, aber lediglich fünf Prozent sind unter 40. Hierunter leidet besonders das flache Land, wo „die niedrige ärztliche Versorgungsdichte weiter abzusinken droht“. Um gegenzusteuern, will die Landesregierung die Tätigkeit als Hausarzt auf dem Land attraktiver gestalten. So wird derzeit an der Uni Lübeck ein spezieller Lehrstuhl für Allgemeinmedizin eingerichtet. An der Kieler Uni gibt es den bereits. Verschiedene Kliniken im Lande bieten eine so genannte Verbundweiterbildung an, wo Mediziner ihre fünfjährige Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin durchgehend in derselben Region absolvieren und so heimisch werden können. Und: Hausärzte ab 58 Jahren erhalten Extra-Geld von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), wenn sie junge Ärzte in ihrer Praxis weiterbilden. Zudem ruft das Land die Kommunen auf, „familienfreundliche Rahmenbedingungen“ für Berufstätige zu schaffen.

TOP 37 Aufwind für Kleinwindanlagen, Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/535), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Grünen wollen den Bau von privaten Kleinwindanlagen vereinfachen. Sie fordern die Landesregierung auf, ihren „überkomplizierten“ Erlass, der Bau und Betrieb der Mini-Windräder regelt, zu überarbeiten. Außerdem plädiert die Oppositionsfraktion dafür, so genannte Strombilanzähler bundesweit einzuführen. Diese Zähler verrechnen den selbst - etwa durch eigene Windräder - erzeugten Strom mit der verbrauchten Energie aus der Steckdose. Sie laufen „rückwärts“, wenn das eigene Mini-Kraftwerk Extra-Strom ins Netz einspeist. Schleswig-Holstein hat diesen Bereich als eines der ersten Bundesländer gere-

gelt. Laut dem Erlass aus dem Februar gelten Windanlagen bis zu einer Höhe von 30 Metern als Kleinanlagen, auch außerhalb der sogenannten Windvorranggebiete. Der Bundesverband Kleinwindanlagen hält es für möglich, dass in Deutschland 700.000 dieser Anlagen entstehen. In den USA gibt es Berichten zufolge bereits 24 Millionen.

TOP 38 Ölförderung im Wattenmeer spätestens 2011 beenden, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/536), geplanter Aufruf 17:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Angesichts der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko wird auch in Schleswig-Holstein der Ruf nach einem Stopp von Ölförderungen lauter. Die Grünen-Fraktion fordert, dass es im Nationalpark Wattenmeer spätestens ab 2011 keine Ölbohrungen mehr geben soll. Zudem dürften in der gesamten Nordsee keine neuen Bohr- und Förderinseln mehr genehmigt werden. Der Energiekonzern RWE-Dea betreibt seit 1987 die einzige deutsche Förderplattform „Mittelplate“ im Nationalpark Wattenmeer vor der schleswig-holsteinischen Westküste. Auf der 70 mal 95 Meter großen künstlich aufgeschütteten Insel muss das Öl hoch gepumpt werden, es kommt nicht wie auf der Bohrinsel vor Mexiko mit Druck an die Oberfläche.

Freitag, 21. Mai 2010, 10:00 bis 17:20 Uhr

TOP 21 und 61 Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/500), Vorschläge der Landesregierung zur Finanzierung der 10% für Bildung und Forschung bis 2015, Antrag der Fraktionen B´90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und DIE LINKE (Drs. 17/451), Federführend ist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Im Vorfeld des für den 10. Juni geplanten Bildungsgipfels von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten der Länder debattiert der Landtag über die geplante Aufstockung der Bildungsausgaben und über das System der Bildungsfinanzierung. Grundlage der Diskussion im Landtag sind ein Grünen-Antrag und ein ebenfalls von den Grünen angeforderter Regierungsbericht. Nach den Beschlüssen des ersten Bildungsgipfels aus dem Jahr 2008 sollen bis 2015 zehn Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes in Bildung und Forschung fließen – das wären mindestens 13 Milliarden Euro. 40 Prozent dieser Summe will der Bund tragen, den Rest müssten die Länder draufsatteln. „Ob Schleswig-Holstein allerdings angesichts der verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse und der gegenwärtigen Steuermindereinnahmen, die das Land zwingen, seine Ausgaben drastisch zu verringern, seinen Anteil an der Deckung der ‚Gipfelsumme‘ von 13 Milliarden Euro erbringen kann, ist fraglich“, heißt es dazu in dem Regierungsbericht.

Ein Grund für die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern ist das im Rahmen der ersten Föderalismusreform 2006 vereinbarte Kooperationsverbot. Die Forderung der Grünen: Das Kooperationsverbot soll bis Jahresende wieder aus dem Grundgesetz verschwinden, damit der Ausbau der Ganztagschulen, die frühkindlichen Bildung oder die Schulsozialarbeit vorankommen.

TOP 31 und 36 Stärkung des Hochschulstandortes Flensburg, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/523), Hochschulentwicklung mit Augenmaß statt unkoordiniertes Zerschlagen von Hochschulen und Studiengängen, Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/534), geplanter Aufruf 10:35, geplante Redezeit 35 Minuten

In der aktuellen Diskussion über die Sanierung des Landeshaushalts sind auch die Hochschulen im Lande in den Blickpunkt gerückt. SSW und Grüne warnen die Landesregierung nun vor „kurzschlüssigen“ und „konzeptlosen“ Sparmaßnahmen. Im Blickpunkt steht vor allem die Universität Flensburg. Der SSW fordert, die Eigenständigkeit der Grenz-Uni zu erhalten, die Grünen wollen über Kürzungen erst im Herbst befinden, wenn das Fachgutachten der „Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen“ über die Hochschule vorliegt.

TOP 29 Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden! Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW (Drs. 17/520), geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Opposition im Landtag fordert die Landesregierung auf, aus dem Kosovo geflohene Roma und Ashkali, eine albanisch sprechende ethnische Minderheit, nicht aus Schleswig-Holstein zurück in das Kosovo abzuschieben. Dafür soll sich die Regierung auch auf der Innenministerkonferenz Ende Mai in Hamburg einsetzen.

Mitte April haben Deutschland und das Kosovo das sogenannte Rückübernahmeabkommen unterzeichnet, das die Abschiebung von Minderheiten zurück in das Balkanland sichert und legitimiert. SPD, Grüne, Linke und SSW bezeichneten die Abschiebung hingegen als „unverantwortliche Praxis“. In Deutschland leben über 10.000 Kosovo-Roma und Ashkali, in Schleswig-Holstein sind es 18 Menschen, die mit ihrer Abschiebung rechnen müssen.

TOP 39 Ausbau des Flugafens Lübeck-Blankensee, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/537), geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Nach dem eindeutigen Votum der Lübecker Bürger für den Ausbau ihres Flughafens stellen CDU und FDP Investitionszuschüsse des Landes in Aussicht. Die Bedingungen der Landesregierung für eine finanzielle Unterstützung seien nun „teilweise erfüllt“, heißt es in dem Koalitionsantrag. Allerdings müsse die Hansestadt ihr „Take-Off-Konzept“ zur Erweite-

zung des Airports nachbessern. Beim Bürgerentscheid am 25. April haben sich 67,4 Prozent der Wähler dafür ausgesprochen, dass Lübeck den Flughafen Blankensee in Eigenregie ausbauen und bis 2012 weiterführen soll, „auch wenn vorher kein privater Investor gefunden wird“. Die Lübecker haben damit einen Beschluss ihrer Bürgerschaft aus dem letzten Jahr gekippt.

TOP 41 und 42 Weiterführung des Projekts „Kein Kind ohne Mahlzeit“, Ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf Schulessen, Anträge der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/539, 17/540), geplanter Aufruf 12:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Linken im Landtag setzen sich für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf Schulessen sowie für die Fortführung des Landesprojekts „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ein. Die Mehrwertsteuer auf Schulessen soll nach dem Willen der Linksfraktion von derzeit 19 Prozent wieder auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent sinken. Es sei „unverantwortlich“, dass „gerade in Zeiten, in denen zwei Millionen Kinder in Armut leben“, die tägliche Schulspeisung voll besteuert werde, heißt es in dem Antrag. Die Landesregierung soll sich im Bundesrat für eine Steuersenkung einsetzen. In einem weiteren Antrag fordert die Linksfraktion die Landesregierung auf, das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ weiterzuführen und nicht, wie geplant, zum Jahresende 2010 auslaufen zu lassen. Frühestens ab Anfang 2011 könne die Förderung auf den Prüfstand kommen, argumentieren die Linken. Denn: Dann gibt das Bundesverfassungsgericht die neuen Hartz-IV-Regelsätze für Kinder bekannt. Es müsse verhindert werden, dass eine „Versorgungslücke“ für betroffene Kinder entstehe.

TOP 55 Clearingstellen für junge Flüchtlingsopfer, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/212, 17/436), Federführend ist das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration, geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Trotz einer steigenden Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen spricht sich die Landesregierung dagegen aus, eine spezielle „Clearing-Stelle“ zur Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen einzurichten. Das geht aus einem Bericht des Justizministeriums hervor. Statt einer vom Land unterhaltenen Zentralstelle setzt das Ministerium, wie bisher, auf die Jugendämter der Kreise. Auch die Kommunen selbst verwiesen in dem Bericht darauf, dass die Flüchtlinge von ihnen „entsprechend den jugendhilfegesetzlichen Vorgaben und Beachtung des individuellen Hilfsangebots betreut“ würden. Die Clearing-Stelle“ würde das Land über zwei Millionen Euro pro Jahr kosten. Die Linken hatten das Thema im Januar auf die Tagesordnung gesetzt. Sie sprechen sich, im Einklang mit Flüchtlingshilfsorganisationen, für den Aufbau einer Clearing-Stelle aus, die die zum Teil schwer traumatisierten jungen Leute psychologisch und ärztlich betreut.

TOP 62 Ausbildung in der Pflege, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/398, 17/452), Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Um auch in Zeiten einer alternden Gesellschaft eine ausreichende Zahl qualifizierter Pflegekräfte zu erreichen, setzt die Landesregierung auf einen Umbau der Pflegeausbildung. Das geht aus einem von der SPD beantragten Regierungsbericht hervor. Als Vorbild nennt das Sozialministerium das so genannte Flensburger Modell, bei dem die Auszubildenden zum Altenpfleger, zum Krankenpfleger und zum Kinderkrankenpfleger in den ersten zwei Jahren gemeinsam unterrichtet werden und sich erst danach spezialisieren. Dies soll ein einheitliches hohes Niveau der Ausbildung absichern. Als weiteren Schritt, um angesichts des demographischen Wandels genügend Fachkräfte zu qualifizieren, strebt die Landesregierung eine bundesweit einheitliche Ausbildung zur Pflegeassistenzkraft an. Die Vorgaben für diesen dreijährigen Bildungsgang, der vor allem an den Berufsschulen erfolgt, sind zurzeit in den Bundesländern sehr unterschiedlich.

TOP 66 Verbesserung der Standortbedingungen für das Handwerk in Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion CDU und FDP (Drs. 17/271neu, Federführend ist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit Minuten

Die Landesregierung liefert auf Antrag von CDU und FDP einen mündlichen Bericht über die Wettbewerbssituation und die Standortbedingungen des schleswig-holsteinischen Handwerks ab. CDU und FDP hatten in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, in Schleswig-Holstein „deutschlandweit die wirtschaftsfreundlichsten Rahmenbedingungen zu schaffen“. Eine „Offensive für Wachstum und Beschäftigung in Mittelstand und Handwerk“ soll für neue Arbeitsplätze sorgen. Die Koalition kündigt zudem an, „das vorhandene Förderinstrumentarium der Landesregierung zu evaluieren und an die Bedürfnisse und Anforderungen der mittelständischen Betriebe noch stärker anzupassen“. Die Förderprogramme für das Handwerk sollen „weiterentwickelt“ werden. In Schleswig-Holstein gibt es mehr als 120.000 mittelständische Unternehmen, darunter rund 24.000 Handwerksbetriebe mit insgesamt 120.000 Mitarbeitern.

TOP 67 Optionszwang abschaffen, Antrag der Fraktion von CDU und FDP (Drs. 17/308), Federführend ist das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration, geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Justiz- und Integrationsminister Emil Schmalfuß nimmt vor dem Landtag zur aktuellen Diskussion über eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts Stellung. Dabei geht es um die von der Opposition im Landtag wie auch von einigen Bundesländern geforderte Abschaffung des so genannten Optionszwangs. Grüne und SPD im Norden lehnen die Regelung ab, dass Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren sind, nur bis zum 18.

Geburtstag die doppelte Staatsangehörigkeit haben dürfen. Mit der Volljährigkeit müssen sie sich dann, spätestens bis zum 23. Geburtstag, für die deutsche oder die Nationalität des Herkunftslandes ihrer Eltern entscheiden. Die beiden Oppositionsfraktionen haben sich mit ihren Forderungen auch hinter Minister Schmalfuß gestellt. Er hatte im Januar ebenfalls gegen das Optionsmodell Stellung bezogen. Auf der Integrationsministerkonferenz Mitte März in Düsseldorf konnte Schmalfuß mit seiner Position jedoch nicht durchdringen. Die Ressortchefs waren sich lediglich darüber einig, dass der Erwerb des deutschen Passes attraktiver gestaltet werden müsse und dass in Deutschland eine „Willkommenskultur“ für Migranten wachsen müsse. Dem Vernehmen nach scheiterte eine weitergehende Regelung am Widerstand der unionsgeführten Länder.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*. Die Mai-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des Dienstag, 18. Mai 2010, ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung (außer am Donnerstag, 20.5., ab 15:00 Uhr) live im Fernsehen und per Live-Stream im Internet unter www.okkiel.de.

Reihenfolge der Beratung der 7. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**. Sofern zu den Redaktionsschlusssterminen einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde Anträge gestellt werden, erfolgt eine Anpassung der Reihenfolge der Beratung.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 19. Mai 2010			
1	Aktuelle Stunde „Zukunft der Kindertagesstätten“	60	10:00
6	Gesetzentwürfe zur Änderung der Landesverfassung sowie Anträge zur Aufnahme der Schuldenbremse und zum Altschuldenpaket	70	11:00
10	Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich	35	12:10
11	Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörden für die Erteilung von Fahrberechtigungen an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, der anerkannten Rettungsdienste und der technischen Hilfsdienste - Fahrberechtigungszuständigkeitsgesetz (FZG) -	o.A.	12:45
70	Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.01.2010 bis 31.03.2010	5	12:50
Donnerstag, 20. Mai 2010			
53	Bericht zur Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl	35	15:00
40	8. Mai: Tag der Befreiung	35	15:35
14 + 26	Zusammenarbeit von Schulen und Bundeswehr in Schleswig-Holstein Bundeswehr raus aus den Schulen! – Für Friedenserziehung und Abrüstung!	35	16:10
18	Rundfunkgebühren-Staatsvertrag	35	16:45
22	Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte neu ordnen	35	17:20
Donnerstag, 20. Mai 2010			
28 + 32 + 52	Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck; Wäschereiauftrag des UKSH; Unerwartete Kostensteigerungen im UK-SH	70	10:00
12	Anträge zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie zur Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette	35	11:10
30	Auch am „Europäischen Tag der Meere“ Unterstützung und Förderung für die Maritime Wirtschaft deutlich machen!	35	11:45
34 + 35 + 56	Die EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein umsetzen; Umsetzung der EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein; Umsetzung der Resolution des VII. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)	35	12:20
19 + 24 + 25	Kleinstunternehmen von der Jahresabschlusspflicht befreien; Bundesregelung Kleinbeihilfen dauerhaft festschreiben; Wertgrenzen dauerhaft anheben	35	15:00
27	Gastschulabkommen mit Hamburg weiter entwickeln	35	15:35

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
33 + 58	Verbesserung der Kooperation im Bereich der ambulanten Behandlung; Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicherstellen	35	16:10
37	Aufwind für Kleinwindanlagen	35	16:45
38	Ölförderung im Wattenmeer spätestens 2011 beenden	35	17:20
Freitag, 21. Mai 2010			
21 + 61	Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken; Vorschläge der Landesregierung zur Finanzierung der 10% für Bildung und Forschung bis 2015	35	10:00
31 + 36	Stärkung des Hochschulstandortes Flensburg Hochschulentwicklung mit Augenmaß statt unkoordiniertes Zerschlagen von Hochschulen und Studiengängen	35	10:35
29	Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!	35	11:10
39	Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee	35	11:45
41 + 42	Weiterführung des Projekts „Kein Kind ohne Mahlzeit“; Ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf Schulessen	35	12:20
55	Clearingstellen für junge Flüchtlingsopfer	35	15:00
62	Ausbildung in der Pflege	35	15:35
66	Verbesserung der Standortbedingungen für das Handwerk in Schleswig-Holstein		16:10
67	Optionszwang abschaffen	35	16:45

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 17/544):

TOP	
2	Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungsgesetz – VersLastG)
3	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes
4	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften
5	Entwurf eines Gesetzes über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg
7	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes
8	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag „Beitritt Dataport“
17	Bäderverordnung
20	Lage der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein
43	Digitaler Tachograph
44	Mitbestimmung von Studierenden und SchülerInnen
45	Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Schleswig-Holstein vollständig erhalten
46	Reform der EU Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderung ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung
48	Für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben organisieren

49	Volksbegehren für die Erhaltung der Realschulen
50	Umsetzung des EU-Schulobstprogramm in Schleswig-Holstein
51	Kinder mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holsteins Kindertageseinrichtungen
59	Verwertung abgelaufener oder nicht verwendeter Arzneimittel
60	Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt
63	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)
64	Verfassungsschutzbericht 2009
68	Tätigkeitsbericht 2010 des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

9	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes – Stärkung der Freien Schulen
13	Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Kinder- und Jugendbeteiligung: Umsetzung des § 47 f Gemeindeordnung (GO)
15	Gesamtkonzept: Wirtschaftsmotor Elektromobilität in Schleswig-Holstein
16	Umstellung der Altersversorgung der Landesministerinnen und Landesminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre
23	Homophobie aktiv bekämpfen!
54	Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein (Kulturwirtschaftsbericht)
57	Evaluation der Impfung gegen die Neue Grippe H1N1 („Schweinegrippe“)
65	Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
69	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten für das Jahr 2009

Zurückzogen wurde der folgende Antrag:

47	Keine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke
----	------------------------------------------------------